

scheinlich wäre man geschlagen worden, aber immerhin im aktiven Kampf gegen das Bündnis von Staatsapparat und Faschismus. Das aber hätte die Situation klar verändert, denn Kampfwillen und Klassenbewußtsein wären erhalten geblieben. Das gleiche gilt für die späteren Einheitsfront-Angebote. Zwar wurde die Aussicht, zu siegen, immer geringer, aber man wäre im Kampf untergegangen und hätte eben deswegen in breiten Teilen der Arbeiterklasse Klassenbewußtsein bewahrt. Die Bewahrung und Weiterentwicklung von Klassenbewußtsein war ein Ziel, das für die KPD jedenfalls zentral war und das im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand.

Wie hat die KPD – im Unterschied zur KPO, über die wir noch sprechen werden – den herauskommenden Faschismus theoretisch und praktisch eingeschätzt?

In den Jahren 1929 bis 1932 verfügt die KPD nicht über eine reale Analyse des Faschismus. Wohl ist die Erkenntnis verbreitet, daß der bürgerliche Rechtsstaat im Zerfall begriffen ist, daß eine Massenbewegung zugunsten des Faschismus, also der monopolkapitalistischen Diktatur, in den Mittelschichten immer größeren Einfluß gewinnt. Aber eine reale Analyse dieser sehr differenzierten Probleme unterbleibt, weil über die Beobachtung des Tatbestandes hinaus, daß der Rechtsstaat zerfällt und daß die SPD sich immer mehr nach rechts hin orientiert, alle weiterreichenden Gedanken einfach verdrängt werden. Die KPD ist die Gefangene ihrer eigenen These vom Sozialfaschismus.¹⁴⁰

Wie wurde der Faschismus innerhalb der SPD beurteilt?

Innerhalb der SPD gibt es keine einheitliche Analyse; auch nicht in der Führungsspitze: Sie beschränkt sich auf verbale Randbemerkungen und verzichtet auf den Kampf gegen den Zerfall des bürgerlichen Rechtsstaates aus Angst vor dem totalen Faschismus. Die SPD übersieht dabei, daß sie, indem sie durch immer neue Kapitulationen auf die aktive Vertretung der Arbeiterinteressen verzichtet, die Randschichten der abhängigen Arbeiter, also einerseits junge Erwerbslose, die noch

kein Klassenbewußtsein haben, andererseits Angestellte, in eine Verzweiflungssituation hineinstößt, in der diese Schichten durch die faschistische Massenbewegung manipulierbar und ihr zugezogen werden. Die SPD redet zwar immer wieder gegen den Faschismus und gegen diese Massenbewegung, aber sie bildet kein Gegengewicht, da sie in der Praxis auf die energische Verteidigung der Arbeiterinteressen und der demokratischen Verfassungsnormen verzichtet. Im Gegenteil, sie kopiert die Totalitarismustheorien – sie werden damals noch nicht so bezeichnet, sind dem Inhalt nach aber mit denen der Gegenwart identisch. Die SPD behauptet nämlich, daß Kommunismus gleichbedeutend sei mit Faschismus, daß auch der Kommunismus eine Diktatur gegen die Arbeiter sei und daß die Arbeiter sowohl gegen den Faschismus wie auch gegen den Kommunismus kämpfen müßten. Dies ist der rechtssozialdemokratische Standpunkt, der Standpunkt des Parteivorstandes und die Position der preußischen und hessischen Staatsregierung. In beiden Ländern sind ja die Sozialdemokraten immer noch an der Regierung, in Preußen bis zum 20. Juli 1932, in Hessen bis zum bitteren Ende.

Wurde die Totalitarismustheorie auch in der linken SPD vertreten?

Auf dem linken Flügel der SPD artikulieren sich sehr verschiedene Positionen, ohne daß es zu einer einheitlichen Theorie kommt. Das reicht von dem linkssozialdemokratischen Theoretiker Arkadij Gurland bis zu Ernst Eckstein¹⁴¹ usw. Anhand der Zeitschrift *Klassenkampf* kann man die verschiedenen Auffassungen genau verfolgen. Eine Strategie oder eine Konzeption wird nicht entwickelt, weil die klassenpolitische Grundlage des Faschismus nicht analysiert wird. Gelegentlich wird die Politik der UdSSR unterstützt; trotzdem wagt es keiner, sich von der antibolschewistischen, wir würden heute sagen: Totalitarismus-Konzeption der rechten Sozialdemokratie zu distanzieren. Das bedeutet – trotz aller Einheitsfront-Forderungen –, daß man darauf verzichtet, eine

¹⁴⁰ Vgl. Hans Jäger, *Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, in: Internationale Pressekorrespondenz* Nr. 46 vom 3. 6. 1932, S. 1427-1431, abgedruckt in: *Kommern und Faschismus* ... a.a.O., S. 158-167.

¹⁴¹ Ernst Eckstein war Rechtsanwalt in Breslau und zunächst führendes Mitglied der Breslauer SPD; 1931 wurde er Mitbegründer der SAP und kam in deren Parteivorstand. 1933 wurde er verhaftet und im Mai 1933 zu Tode gefoltert; vgl. Hanno Drechsler, a.a.O., S. 363.

gemeinsame strategische Position mit den Kommunisten zu finden und sich ihnen als möglicher ernstlicher Bündnispartner anzubieten, so daß deren Sozialfaschismus-Theorie überzeugend hätten überwunden werden können. So widerlegt sich der linkssozialdemokratische Standpunkt, soweit er ihn als eigenständige Theorie überhaupt gibt, in der Praxis selbst. Im Gegensatz zur KPD und zur SPD orientiert sich die KPO an einer sehr realistischen Analyse des Faschismus, die vor allem von August Thalheimer entwickelt worden ist.

Kannst Du die wesentlichen Elemente der Faschismus-Theorie Thalheimers kurz nennen?

Thalheimer führt aus, daß der Faschismus eine Diktatur innerhalb einer monopolkapitalistischen Gesellschaftsordnung darstellt, gestützt auf breite, der Mentalität nach kleinbürgerliche Massenbewegungen, die aus einer ökonomischen Krise hervorgehen. Diese Massenbewegung ist ein disparater Haufen, der dem entspricht, den Bonaparte (Napoleon III.) im Gefolge der Revolution von 1848 hinter sich hatte.¹⁴² Damals ging es allerdings um eine Bewegung innerhalb liberal-kapitalistischer Produktionsverhältnisse, ebenso wie bei der Gefolgschaft des Generals Boulanger Ende der achtziger Jahre in Frankreich. Immerhin, dieser disparate Haufen wird von der Spitze der faschistischen Organisation zusammengefaßt.

Thalheimer hatte seine Faschismustheorie¹⁴³ in den Jahren 1923/24 zu entwickeln begonnen, und seine hier geschilderten Überlegungen finden sich in ähnlicher Weise bei Clara Zetkin in ihren Reden aus den zwanziger Jahren wieder. Beide entfalteten ihre Auffassungen zunächst bezogen auf die Vor-

¹⁴² Thalheimer analysierte den Faschismus, indem er auf die Methoden und Kategorien zurückgriff, die Marx entwickelt hatte, um die Verschiebung der Klassenverhältnisse in Frankreich von der Februarrevolution des Jahres 1848 bis zum Staatsstreich Bonapartes am 2. Dezember 1851 darzustellen; vgl. Karl Marx, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: Marx/Engels, *Werke*, Band 8, S. 111-207.

¹⁴³ Thalheimers Faschismustheorie ist publiziert in *Gegen den Strom*, der Zeitschrift der KPD (O), die von 1929 bis 1933 erschien. Vgl. August Thalheimer, *Über den Faschismus*, in: *Gegen den Strom*, Jg. 1930, S. 32 f., 48 f., 66 f.; Wesentliche Artikel aus dieser Zeitschrift sind wiedragedruckt in dem Band: *Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opinion aus den Jahren 1928-1933*, eingeleitet und herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/Main 1973.

teilung der Situation von 1923. Nach der Stabilisierung im Jahre 1924 hatte sich die faschistische Massenbewegung rasch verlaufen – man denke an das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1924 und 1928. Thalheimer war der Ansicht, daß ein zweiter Aufstieg dieser Bewegung als Folge der schweren Krise von 1929 zu erwarten sei und daß ihr Sieg Schlimmeres als den Bonapartismus bringen würde: sie würde auf der Basis der neuen ökonomischen Verhältnisse des Monopolkapitalismus organisatorisch gefestigt und dauerhaft mit dem Staatsapparat als permanenter Terror-Maschinerie verschmolzen werden können.

Welches waren die praktischen Konsequenzen, die sich aus Thalheimers Faschismustheorie ergaben?

Nach Thalheimers und Zetkins Überlegungen kam alles darauf an, die faschistische Massenbewegung rechtzeitig, also vor ihrem Aufstieg und der Eroberung der Regierungsgewalt, durch die Einheitsfront der Arbeiterparteien, durch machtvoll le Gegenbewegungen der Arbeiterklasse zu schlagen. Kleinbürgerlich denkende Massen dieser Art können sich machtvollen Arbeiteraktionen anschließen. Wird nämlich von diesen Massen, die abhängig arbeiten, von den Angestellten und den unteren und mittleren Beamten, praktisch erfahren, daß die kämpfenden Arbeiter eine reale Macht darstellen, so können sie auch verstehen lernen, daß ihre wirklichen Interessen von diesen Arbeitern vertreten werden. Dann aber fungieren sie eben nicht mehr auf der Seite der faschistischen Diktatur.

Die Analyse Thalheimers hat insofern einen gewissen Mangel, als das Problem der Machtüberleitung, also die Umfaltung des Staatsapparates – der ja gerade nicht aus solchen kleinbürgerlichen Massen besteht – mit dem Faschismus und das Problem der Wendung des Monopolkapitalismus zum Faschismus nicht konsequent genug durchdacht sind. Dieses Problem hebt später Dimitroff in seiner berühmten Rede auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1935 mit Recht, aber leider ausschließlich hervor, und in dieser Ausschließlichkeit trifft es auch wieder nicht zu.¹⁴⁴ Aber tatsächlich ist es ein zentrales Problem. Man muß

¹⁴⁴ Vgl. Georg Dimitroff, *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen*

der Frage noch intensiver nachgehen, wodurch sich der Bonapartismus im Prozeß der bürgerlich-liberalen Revolution und im bürgerlich-liberalen Kapitalismus grundsätzlich vom Faschismus, der ja dem Monopolkapitalismus politisch adäquat ist, unterscheidet. Für den Faschismus – so erweist es sich in Italien und später auch im Deutschen Reich – ist es kennzeichnend, daß eine dauerhafte Unifikation von faschistischer Massenorganisation und Massenbewegung, Staatsapparat und monokapitalistischer Verfügung über die Produktionsmittel besteht. Eine dauerhafte Unifikation dieser Art war dagegen im Bonapartismus nicht möglich, denn Napoleon III. konnte die hinter ihm stehende Massenbewegung, die »Dezemberbande«, niemals stabilisieren: Die »Dezemberbande« steigt in der Krise auf, trägt zu den Herrschaftsformen Bonapartes bei, und ihr Masseneinfluß verschwindet wieder mit dem Abflauen der Krise. Zwar gelangen einige Leute aus ihr in Spitzenfunktionen des Staates, aber damit hat sich ihre Rolle erfüllt. Im übrigen funktioniert der Staatsapparat weiter wie zuvor. Im Faschismus Mussolinis ist das bereits deutlich anders; extrem anders ist die Entwicklung des Faschismus im Deutschen Reich. In der bonapartistischen Bewegung wird die Machtüberleitung vom liberalen Kapital nicht organisiert, sondern nur geduldet, während der Faschismus in Italien und Deutschland von den Spitzen des Monopolkapitals zuerst unterstützt und dann herbeigeführt wird. Hier leitet das Monopolkapital eine besondere Form dauernder wachsender staatsvermittelter Kontrolle im gesamten ökonomischen Prozeß ein, eine Kontrolle, die nicht nur – wie im Bonapartismus – im Einzelfall stattfindet, sondern systematisch und kontinuierlich. Außerdem erfolgt im Faschismus eine unmittelbare Verschmelzung von Staatsapparat und permanent aufrechterhaltener faschistischer Massenorganisation, eine Entwicklung, die deshalb qualitativ etwas völlig anders darstellt als der Bonapartismus Napoleons III.

In der Analyse Thalheimers, das will ich nochmals hervorheben, ist das Problem der faschistischen Massenbewegung jedenfalls richtig entwickelt. Wir haben solche faschistischen

den Faschismus, in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Referate, Aus der Diskussion, Schlußwort, Resolutionen, Frankfurt/Main 1971, S. 74-138.

120

Massenbewegungen im Jahre 1923 in der Inflationskrise, als die verschiedenen völkischen Gruppen zur Massenbewegung werden, und auch ab 1929 in der großen Weltwirtschaftskrise, als die NSDAP aufzusteigen beginnt. Die Faschismus-Analyse Thalheimers ermöglicht es auch, die richtigen politischen Konsequenzen zu ziehen in der Weise, daß gegen eine solche Massenbewegung nur das machtvolle und geschlossene Auftreten der Arbeiterklasse helfen kann, so daß diejenigen Teile der abhängig Arbeitenden, die in ihrer Verzweiflung dazu neigen, zu den Faschisten überzugehen, politisch an die Arbeiterklasse gebunden werden und die Arbeiterklasse sich zu einer wirkungsvollen Alternative gegen die monokapitalistische Herrschaft entwickelt. Dies erkannt zu haben, ist das Verdienst Thalheimers und später auch Trotzki's. Die Richtigkeit von Thalheimers Analyse zeigt sich in Frankreich im Jahre 1934, in Spanien ab 1934/36, denn dort werden die faschistischen Massenbewegungen durch die Arbeiterklasse, die einheitlich auftritt, zunächst zurückgeworfen.

Gewann die KPO an politischer Bedeutung angesichts der Tatsache, daß sie über die weitaus realistischere und präzisere Analyse des Faschismus verfügte?

Die KPO ist, eben weil sie ihre Arbeit an der Faschismustheorie Thalheimers orientieren kann, die einzige Gruppe, die einen Ausblick auf eine sinnvolle politische Praxis zu bieten vermag. Aber sie ist isoliert von den Arbeitermassen und kann deshalb keinen praktischen Einfluß gewinnen. In der Krisensituation, wie wir sie Ende 1929 haben, in der die Klassenkampffprobleme vom Standpunkt eines jeden Gewerkschaftsfunktionärs, eines jeden Arbeiters tagtäglich wachsen, besteht überall die Überzeugung, daß in dieser Situation, in der man einem Entscheidungskampf entgegengeht, die Neugründung einer besonderen politischen Partei oder einer besonderen Gruppe, wie es die KPO ist, unsinnig ist. Deshalb kann es der KPO nicht gelingen, eine breite Bedeutung zu erlangen; sie kann nicht zum Mobilisator werden.

Hing die Isolierung der KPO auch damit zusammen, daß die Arbeiter, die kommunistisch oder sozialdemokratisch organisiert waren, nur schwer dazu zu bringen waren, auf die

121

bisherige Organisation und Mitgliedschaft zu verzichten, und zwar auch dann, wenn sie die politische Linie, die ihre Organisation vertrat, nicht billigten?

Diese Überlegung ist nur begrenzt richtig; sie ist keinesfalls eine generelle historische Regel. Ich möchte an die Erfahrungen aus den Jahren 1919 und zu Anfang des Jahres 1920 erinnern. Damals haben die Arbeiterfunktionäre aus dem Verhalten der Mehrheitsozialdemokratie insofern gelernt, als sie einen Organisationswechsel vornehmen und von der MSP zur USP gehen. Und in modifizierter Form wiederholt sich das in den Jahren 1922/23, als sich die beiden sozialdemokratischen Parteien zur VSP vereinigen und die Kommunistische Partei rasch anwächst. Viele der früheren Mitglieder der USP sind damals zur KPD übergetreten.

Waren nicht entscheidender dafür, daß die KPD, die für eine Einheitsfront-Politik eintrat, keine Massenbasis erlangen konnte, die konkreten Erfahrungen, die die Arbeiter mit sozialdemokratischer Politik immer wieder machten und die sie dazu bewegten, an der Sozialfaschismus-Theorie festzuhalten?

Das gilt ohne Zweifel für die kommunistischen Arbeiter. Ihnen ist eine Sperre zur kritischen Einsicht aufgebaut dadurch, daß die SPD tagtäglich, auch nachdem die Brüning-Diktatur¹⁴⁵ errichtet ist, eine Scheinbestätigung der Sozialfaschismus-Theorie liefert. Die Brüning-Diktatur ist zwar keine faschistische, sondern eine obrigkeitstaatliche Diktatur zugunsten des Großkapitals, und die SPD ist ganz gewiß nicht sozialfaschistisch, also ganz gewiß nicht der Hauptgegner der Arbeiterklasse. Die Sozialfaschismus-Theorie ist also in jeder Beziehung Unsinn. Sie verhindert, daß die wichtigste Vorbedingung der Einheitsfront erfüllt wird: Druck der Mitglieder und der Funktionäre auf die sozialdemokratische Parteiführung und die Führung der Gewerkschaften.

Aber man muß dabei bedenken, daß diese Theorie dem äußeren Anschein nach dauernd bestätigt wird. Die Sozialdemokratische Partei führt den Wahlkampf 1930 noch mit Paro-

¹⁴⁵ Ende März 1930 wurde eine neue Regierung gebildet: Reichkanzler wurde der Zentrumsgesandte Brüning, der in sein Kabinett Volkskonservative und Vertreter der Deutschen Volkspartei aufnahm; vgl. Arthur Rosenberg, a.a.O., S. 207.

len wie »Verteidigt die Verfassung gegen die ständige Aushöhlung; der Verfassung durch Brüning; verteidigt den Lebensstandard der Arbeiterklasse gegen die ständige Reduzierung des Lebensstandards mittels Notverordnungen«. Und diese gleiche Sozialdemokratie stimmt unmitelbar nach der Einberufung des Reichstages für die Notverordnungen Brünings. Aus Angst vor dem Ansteigen der faschistischen Stimmen und der drohenden Diktatur kapituliert die sozialdemokratische Führung nun völlig vor der obrigkeitstaatlichen Diktatur, die sie soeben noch als ihren Feind bezeichnet hatte. Und in der SPD sind nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten auf Kosten der bürgerlichen Parteien alle so entsteht, daß selbst in den linken Parteieinheiten und unter den linken sozialdemokratischen Abgeordneten es zunächst niemand wagt, gegen die Führung aufzutreten. Eben dieser Tatbestand verstärkt wiederum innerhalb der KPD die These vom Sozialfaschismus. Allmählich sammeln sich in der SPD – wenn auch nur vorübergehend – wieder die Kräfte, die gegen diesen Kurs opponieren. Daher wird die Zahl der Reichstagsabgeordneten größer, die für die Verteidigung der Verfassung gegen ihre ständige Verletzung durch die Regierung Brüning eintreten. Es werden auf unterer Ebene auch verschiedene Einheitsfront-Aktionen durchgeführt, allerdings lokal begrenzt. Insgesamt aber bleiben die Vorbehalte gegeneinander bestehen: es bleibt die sozialdemokratische Kapitulation vor Brüning, es bleibt die Vorstellung der Kommunisten vom Sozialfaschismus. Das geht schließlich so weit, daß Reichspräsident von Hindenburg einen noch deutlicher obrigkeitstaatlich orientierten Reichkanzler an die Macht bringt, von Papen, daß von Papen der Sozialdemokratie die letzten Machtpositionen, die sie noch hatte, zerschlägt¹⁴⁶ – und daß auch dann die Sozialdemokratie nichts anderes zu tun weiß, als nach dem Staatsgerichtshof zu rufen. Das ist lächerlich.

Welche Rolle spielte der linkssozialdemokratische Flügel im Hinblick auf die Kapitulation der SPD-Führung vor den verschiedenen Reichsregierungen, die mit Hilfe von Notverordnungen regierten?

¹⁴⁶ Gemeint ist von Papens Staatsreich in Preußen vom 20. Juli 1932; vgl. Karl Dietrich Bracher, a.a.O., S. 382 ff.

Bei der Sozialdemokratie wird im Jahre 1931 eine Randgruppe von linken Oppositionellen ausgestoßen¹⁴⁷; einige dieser Oppositionellen, z. B. Arkadij Gurland, bleiben in der Partei – ebenso wie die Gruppe der »Versöhnlern« in der KPD geblieben war. Seydewitz gehört zu denen, die ausgeschlossen werden, und obwohl hinter ihnen geschulte, alte gewerkschaftliche Funktionäre und ein großer Teil der sozialdemokratischen Jugendorganisationen stehen, haben sie mit der von ihnen gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) keinerlei Aussicht, politisch wirkungsvolle Arbeit zu leisten. Denn wie die Massen auch immer über die Politik ihrer Partei denken mochten, eines ist ihnen klar: Die Arbeiterbewegung steht vor Entscheidungskämpfen, so daß es völlig ausgeschlossen ist, rasch noch eine dritte Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. Das führt dazu, daß die SAP genauso eine Sekte bleibt, wie es auf der kommunistischen Seite die KPD ist. Auch die SAP ist in dem, was sie politisch vertritt, der sozialdemokratischen Führung weit überlegen, aber sie bleibt ohne organisatorische und politische Bedeutung.

Du hast verschiedene Male von der KPD gesprochen, die im Jahre 1928 gegründet wurde und der Du selbst angehört hast: Wie sahen Programm und Mitgliederstruktur dieser Gruppe aus?

Über die weitgehend zutreffende Einschätzung des Faschismus durch Thalheimer, der auch führendes Mitglied der KPD war, und über das sich daraus für die KPD ergebende Konzept der Einheitsfront habe ich schon gesprochen. 90 Prozent der Mitglieder der KPD sind Arbeiterfunktionäre, die aus der Gründungsphase der kommunistischen Massenbewegung stammen; sie kommen meist aus der KP (Spartakusbund). Wenige, z. B. Heinrich Galm aus Offenbach und die Mehrheit der Offenbacher KPD-Gruppe, kommen aus der Mehrheit der Zeit vor 1920. In der KPD überwiegen die Arbeiterfunk-

tionäre.¹⁴⁸ Die Studenten und Intellektuellen spielen in der KPD eine wesentlich geringere Rolle, als die Studenten innerhalb der KPD einst bei der ultralinken Wendung zur Zeit des Frankfurter Parteitags 1924 gespielt hatten.

Wie verhält sich die Studentenschaft in dieser Zeit politisch?

In den Jahren 1928/29 stehen die Studenten – auch die jüdischen – fast alle rechts, sei es obrigkeitsstaatlich-monarchistisch, sei es faschistoid oder schon faschistisch. Die letzteren sind im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund organisiert. Die Studenten, die sich für Demokratie und Marxismus entscheiden, bilden bis 1928/29 eine extrem kleine Minderheit; Zentren dieser Gruppen sind damals Frankfurt und Berlin.

Welche praktische Arbeit habt ihr in der KPD geleistet, mit welchen Mitteln habt ihr versucht, eure Basis zu verbreitern?

Wir haben mühselige Fraktionsarbeit gemacht. Wir sind zum Beispiel in einzelnen Berufsgewerkschaften aufgetreten. In der Weimarer Republik sind die Gewerkschaften ja als Berufsverbände organisiert – mit zwei Ausnahmen: der Fabrikarbeiterverband für die Chemische Industrie und der Deutsche Metallarbeiterverband – beide sind Industriewerkschaften.¹⁴⁹ Wir versuchen also, in den Gewerkschaften und Betrieben Fuß zu fassen; es ist ein sehr mühseliger Kampf in diesen Arbeiterorganisationen. Wir leisten vor allem Schulungsarbeit. Wir unternehmen einmal hier, einmal dort Versuche, gemeinsame Arbeiteraktionen durchzuführen, aber sie gewinnen keine größere Bedeutung. Die KPD existiert ohne Zweifel unter Ausschuß der Arbeitermassen. Dem kommunistischen Arbeiterfunktionär, der in der KPD ist, wird von Jahr zu Jahr bis zur totalen Kapitulation des bürgerlichen Obrigkeitsraates vor dem Faschismus am 30. Januar 1933 zunehmend klarer, daß er sich zwar im Besitz einer richtigen politischen Analyse und Erkenntnis befindet, daß dies alles aber nicht weitergegeben und nicht vermittelt werden kann.

¹⁴⁸ Zur Programmatik und Mitgliederstruktur der KPD (O) vgl. Karl Hermann Tjaden, a.a.O., S. 130 ff., 118 ff.

¹⁴⁹ Vgl. August Endele, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher und Eduard Weckerle, a.a.O., S. 69 f.; Hans Limmer, a.a.O., S. 49 f.

¹⁴⁷ Im September 1931 wurden Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld, die Führer der linken Opposition innerhalb der SPD, aus der Partei ausgeschlossen; auf der Reichskonferenz oppositioneller Sozialdemokraten, die von Seydewitz und Rosenfeld einberufen war, wurde am 4. Oktober 1931 die SAP gegründet; vgl. Hanno Drechsler, a.a.O., S. 106 f.

Daraus zieht einmal diese, einmal jene Gruppe in der KPO die Konsequenz, zur KPD zurückzukehren oder zur SAP überzugehen.

Welche Bedeutung hatte die ›Neu Beginnen-Gruppe‹ angesichts der Verfeindung der beiden Arbeiterparteien und angesichts der Tatsache, daß die KPO nicht zu einer Massenpartei wurde?

Die ›Neu Beginnen-Gruppe¹⁵⁰ war ihrem Gesamtkonzept nach ein konspiratives Abenteuer. Ich habe diese Bewegung selber mitgemacht, berichte also meine eigenen Erfahrungen und Fehler. Als deutlich wird, daß eine Einheitsfront-Politik zwischen KPD und SPD nicht durchsetzbar ist, suchen wir nach anderen Wegen, sie doch noch zustande zu bringen. Wir versuchen, in der KPD und in der SPD mittlere Funktionen zu bekommen, um von diesen Positionen her gemeinsame Aktionen durchzuführen. Dazu brauchen wir eine Theorie der lediglich konspirativen politischen Arbeit; wir entwickeln sie aus Lenins Schrift *Was tun?* Das Konzept, das Lenin dort entwirft, ist zugeschnitten auf eine reale illegale Situation, auf eine reale, zu konspirativer Arbeit gezwungene Partei. Wir übernehmen dieses Konzept, wenden es allerdings nicht gegenüber dem bürgerlichen Staat und auf die teilweise Illegalität an, unter der wir im Obrigkeitsstaat bereits arbeiten müssen, sondern wir konstruieren in unserer Phantasie eine totale Illegalität gegenüber den Parteiapparaten der Arbeiterbewegung, treten ihnen als eine geheimnisvolle Organisation gegenüber, mit dem Ziel, die Rolle der leninistischen bolschewistischen Partei und die Führung der Arbeitermassen zu übernehmen.

Praktisch sieht unsere Arbeit so aus, daß wir einige Genossen in die SPD, einige in die KPD schicken, die dort mittlere Funktionen wahrnehmen sollen. Später sollen auf dieser Grundlage gemeinsame Aktionen eingeleitet werden. Damit dieser Plan gelingt, muß unsere Organisation streng geheim bleiben, es kann nichts öffentlich diskutiert werden. Auf diese Weise graben wir jedoch uns selbst das Wasser ab.

¹⁵⁰ Vgl. Kurt Klum, *Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe ›Neu Beginnen‹*, Diss., Marburg 1937.

Dies ist ein Beispiel dafür, wie aus einer Isolierung heraus widerrechtliche politische Prozesse entstehen. Auch die Feti-wisierung der Organisation, wie sie die ›Neu Beginnen-Gruppe‹ betrieben hat, ist Ausdruck dieser Isoliertheit.

Im sagt, daß die KPO ebenfalls isoliert blieb, obwohl sie politisch die richtigen Erkenntnisse hatte. Wurden damit die Analyse und die Zielsetzung der KPO faktisch widerlegt?

Nein, keineswegs. Die Analyse und das Fernziel bleiben richtig; es fehlt nur die Vermittlung zwischen beiden. Und diese Vermittlung ist aus objektiven Gründen nicht realisierbar. Die Ansätze zur praktischen Arbeit werden ebenso wenig falsch, doch bleiben sie isoliert und zufällig. Sie gelingen in einem Dorf in Thüringen, in einem Dorf in Hessen, in einem Arbeiterdorf in Baden-Württemberg. Aber so wird – außer in kleinstem lokalen Rahmen – nichts in Bewegung gesetzt. Die Zeit reicht nicht mehr, daraus machvolle Aktionen der Arbeiterklasse zu entfalten; wir stehen unmittelbar vor der Entscheidung: Es kommt Ende Mai 1932 zum Sturz Brünnings und dann zur Regierung Franz von Papens.¹⁵¹ Zur Verteidigung Brünnings gegenüber Papen konnte man niemanden mobilisieren. Aber man hätte natürlich etwas tun müssen zum Schutze der immer noch in Resten rechtsstaatlichen preußischen Verwaltung, die ja dann am 20. Juli 1932 entmacht wird.

Hast Du an den Diskussionen teilgenommen, die in den Arbeiterparteien vor dem Staatsstreich in Preußen geführt worden sind?

Ich habe zu jener Zeit als Mitglied der Gruppe ›Neu Beginnen‹ noch dauernden Kontakt mit der Führung der KPO. Durch meine Aufgaben in der Roten Hilfe stehe ich auch mit den militanten, für die ständigen Straßenkämpfe mit der SA aktivierbaren Funktionären beider Parteien, der KPD und der SPD, in Verbindung. Ich habe über die Schulungen, die ich als Mitglied der Roten Hilfe in den Militärorganisationen der beiden Parteien durchzuführen hatte, schon berichtet. Außerdem stehe ich mit den Spitzen beider Arbeiterparteien in

¹⁵¹ Am 1. Juni 1932 trat eine neue rechtsgerichtete Regierung, deren Mitglieder fast ausnahmslos deutschnational orientiert waren, unter Franz von Papen ihr Amt an; vgl. Karl Dietrich Bracher, a.a.O., S. 533 f.

Beziehungen: zum Beispiel mit Walter Fisch, der zur Bezirksleitung der KPD gehört, der auch aus der Studentenbewegung kommt; mit Oskar Müller, dem späteren Minister in Hessen, den ich von Kindesbeinen an kannte und mit dem ich befreundet war, und im kommunistischen Jugendverband mit Emil Carlebach, der heute die *Tat*¹⁵² leitet; er war damals noch Schüler. Schließlich habe ich mit dem Chef der Eisernen Front und des Reichsbanner, mit dem Gewerkschaftssekretär Anton Döring Verbindung – einen sehr guten Kontakt übrigens, der auch während der Illegalität bis zu meiner Verhaftung weiter besteht.

Wir alle sehen, daß der Staatsreich in Preußen unmittelbar bevorsteht. Welchen Sinn konnte der Regierungswechsel von Brüning zu Papen haben, wenn nicht den, die SPD völlig auszuschalten? Aber uns ist auch klar, was diese Entwicklung für die Arbeiterbewegung zu bedeuten hat – und also wollen wir Aktionen vorbereiten. Es kommt der 20. Juli 1932; die SPD hat in Frankfurt im Hippodrom zu einer Versammlung aufgerufen. Anton Döring, der Chef der sozialdemokratischen militärischen Organisationen, will ebenso kämpfen wie die kommunistischen Genossen. Auf beiden Seiten besteht der Wille zum gemeinsamen Kampf. Wir sitzen mit den Genossen von den militärischen Organisationen, mit denen wir noch aus der Studentenbewegung verbunden sind, zusammen in der Wohnung der sozialdemokratischen Stadtratsordneten Elsa Bauer, die der gesellschaftliche Mittelpunkt der sozialdemokratischen Intellektuellen war. Dorthin kamen oft Sinzheimer, Paul Tillich und andere. Auch Kommunisten sind an diesem Abend dort versammelt. Wir alle hoffen, daß jetzt losgeschlagen wird. Wir nehmen an, daß sich die Frankfurter Polizei neutral verhalten wird, und hoffen, daß die Darmstädter Polizei bei diesen Kämpfen auf unserer Seite steht. Bei allen herrscht ein entschlossener Wille zur Einheitsfront-Aktion. Die KPD macht der SPD zentral, d. h. nicht nur in unserem Bezirk, das Angebot, einen gemeinsamen Generalstreik und Abwehrkampf zu organisieren. Die Führung der SPD lehnt ab; sie sagt, sie werde sich streng legal verhalten und den

¹⁵² Emil Carlebach (geb. 1914) war Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes, wurde 1934 verhaftet und war bis 1943 im KZ Buchenwald; heute ist er Chefredakteur der antifaschistischen Wochenzeitung *Die Tat*.

Maatsgerichtshof anrufen; im übrigen müsse die richtige Antwort bei den nächsten Wahlen am 31. Juli gegeben werden. Auf der Versammlung im Hippodrom gibt es Pfeifkonzerte, als die Entscheidung der SPD-Führung bekannt wird. Bei uns macht sich Verzweiflung breit, Döring ist völlig resigniert. Denn spontan war zunächst eine Einheitsfront entstanden, nicht nur in Frankfurt, sondern in vielen Städten. Sie war nun wieder zerstört.

Die Wendung zur Einheitsfront-Politik hatte sich in Frankfurt schon einige Wochen vorher vorbereitet. Zu Beginn des Sommersemesters 1932 besetzt die SA die Universität. Unter dem Vorwand, gegen die Rote Studentengruppe vorzugehen zu wollen, verprügelt sie auch jüdische Studenten. Die Polizei sieht dabei wenig und greift zunächst nicht ein. Polizeipräsident ist immer noch der Sozialdemokrat Ehrler. Die linken Studenten organisieren nun eine Gegenaktion. An ihr beteiligen sich die Rote Studentengruppe und – seit Jahren zum ersten Mal – der sozialistische Deutsche Studentenbund. An der Spitze der Roten Studentengruppe steht ein extrem linientreuer Kommunist, Josef Dünner, ein glänzender Redner, typischer Repräsentant dieser jungen Studentengeneration, die erst auf dem Höhepunkt der Krise in die kommunistische Studentenbewegung gelangt ist. Gemeinsam rufen die beiden Organisationen zu einer Demonstrationsversammlung im Volksbildungsheim auf. Es werden Flugblätter vor den Betrieben verteilt. Für die Versammlung müssen wir außer dem großen Saal des Volksbildungsheims noch den großen Saal des Zoo nehmen. Beide Säle sind von Arbeitern überfüllt. Zum Beispiel haben die Arbeiter des Metallbetriebs »Voigt und Häfner« damals sofort gestreikt; sie eilen zuerst in der Universität den Studenten zu Hilfe und kommen später auch in die Versammlungen. Die Arbeiter sind mehrheitlich Sozialdemokraten. Man kann an diesem Beispiel die Stimmung der Arbeiter deutlich ablesen.

Wenn aber die Arbeiter am 20. Juli 1932 bereit waren, eine Einheitsfront zu bilden und zu kämpfen, wie ist es dann zu erklären, daß sie der Parteiführung der SPD folgten?

Am 20. Juli sind die Arbeiter in den Militärorganisationen beider Parteien, in der Antifaschistischen Aktion und in der

Eisernen Front, zum bewaffneten Kampf entschlossen. August Döring, Chef der Eisernen Front, will kämpfen, weil er weiß, daß seine Arbeiter hinter ihm stehen. Doch dann kommt der Befehl von oben, daß nicht gekämpft werden darf. Dieser Befehl setzt sich sofort durch, weil die Arbeiter nach der langen Periode vorher glauben, daß sie ohne ihre Führungen und ohne ihre Organisationen nicht mehr handeln, geschweige denn die bestehenden Organisationen sprengen und andere an ihre Stelle setzen können. Das unterscheidet diese Situation völlig von der der Jahre 1918, 1919/20 sowie von der Lage der Jahre 1922/23. Und so wird in der SPD-Veranstaltung im Hippodrom zwar gebüllt und gepfiffen, als die sozialdemokratischen Abgeordneten sagen, daß die Parole »Kampf gegen den Staatstreich« unsinnig sei und fallengelassen werden müsse und daß die Wahlen das Entscheidende seien. Aber das Schimpfen und Pfeifen bleibt folgenlos.

Man sieht, es existierten Ansätze von Gegenbewegungen, aber sie waren nicht autonom. Es waren keine revolutionären Bestrebungen. Man mußte aus der Verteidigung heraus kämpfen, das entsprach der Stimmung unter den Arbeitern. Der Ausgang der Reichstagswahlen im Juli 1932 zeigt einen Tiefpunkt des Stimmenanteils der Arbeiterbewegung und den Höhepunkt des Einflusses der NSDAP vor der Machtergreifung. Denn nun schwilt das Selbstbewußtsein der Nationalsozialisten an, und also laufen ihnen die kleinbürgerlichen Massen zu – das Selbstbewußtsein der Arbeiterbewegung ist im Vergleich dazu gering. Zwar gehen die Stimmen der Kommunisten nicht zurück, sondern wachsen sogar noch, während die Zahl der SPD-Wähler leicht zurückgeht. Aber die Mobilisierung der Wähler zur Wahlbeteiligung ist sehr groß, und die neuen Wähler engagieren sich nicht zugunsten der früheren Partei Papens, also des Zentrums, erst recht nicht zugunsten der liberalen bürgerlichen Parteien, der Staatspartei oder der DVP. Diese Parteien sind im Bewußtsein der Wähler überholt; deshalb stimmen sie für die NSDAP.¹⁵³

¹⁵³ Die NSDAP erlangte 13,75 Mio. Stimmen und hatte somit ihren Stimmenanteil in knapp zwei Jahren von 18,2 % auf 37,3 % erhöht. Der Stimmenanteil der SPD sank von 24,5 auf 21,6 %. Für die KPD stimmten 5,3 Mio. Wähler, ihr Stimmenanteil erhöhte sich somit von 13,1 auf 14,3 %, vgl. Alfred Milatz, a.a.O., S. 142 ff.

Nach den Reichstagswahlen bleibt von der Einheitsfrontbewegung nichts übrig. Das Urteil, das der Staatsgerichtshof in Sachen »Preußen gegen Reich« fällt, ist ein Kompromiß ohne praktische Bedeutung.¹⁵⁴ Mit der Ablehnung des Einheitsfront-Angebotes der KPD durch die SPD war die Entwaffnungsschlacht verloren. Daß die KPD ein solches Angebot machte, war ein großer, aber nur vorübergehender Fortschritt. Daß dieses Angebot abgelehnt wurde, hatte einen deutlichen Rückschlag in der Stimmung der kommunistischen Parteimitglieder zur Folge. Die Sozialfaschismus-Theorie kehrt abermals bestätigt zu sein und lebte wieder auf. Umgekehrt hatte die Sozialfaschismus-Theorie der Kommunisten für die Sozialdemokratie die Funktion, eine gemeinsame Arbeit mit den Kommunisten ablehnen zu können. Dieser ganze negative Mechanismus verschärft sich in der folgenden Zeit. Der kommunistische Funktionär, der den gemeinsamen Abwehrkampf gewollt hat und meist arbeitslos ist, sagt sich, die SPD fördere den Faschismus sogar dann noch, wenn sie selbst betroffen sei. Inzwischen ist die KPD zu einer Partei der Arbeitslosen geworden, denn parallel zu ihrer Sozialfaschismus-Theorie praktiziert sie weiter die RGO-Politik.

Kannst Du den Inhalt der Politik der revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) genauer schildern?

In den verschiedenen Phasen der letzten Jahre der Weimarer Republik änderte sich die RGO-Politik mehrmals. Die RGO-Politik beginnt im Jahre 1928 damit, daß Arbeiterfunktionäre, die wegen kommunistischer Betätigung aus der freien Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen worden sind, organisatorisch erfaßt werden. Die rechtssozialdemokratische Gewerkschaftsführung hatte auch in den Zeiten einer rationalen kommunistischen Gewerkschaftspolitik mal hier, mal dort einen einzelnen kommunistischen Arbeiterfunktionär ausgeschlossen. Die rationale Antwort einer revolutionären Fraktion innerhalb der Gewerkschaften, sei es einer kommunistischen oder einer linkssozialdemokratischen Fraktion, wäre

¹⁵⁴ In dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. 10. 1932 wurde die endgültige Absetzung der SPD-Regierung in Preußen zwar für ungültig erklärt, die vorübergehende Verschlebung der sachlichen Zuständigkeiten auf den Reichskommissar aber als zulässig anerkannt; vgl. Karl Dietrich Bracher, a.a.O., S. 637 ff.

der Kampf für dessen Wiederaufnahme gewesen. Der Ausgangspunkt dazu hätte sein müssen, daß die Gewerkschaftsführung ihre Pflicht zur Überparteilichkeit verletzt, wenn sie Gewerkschaftsfunktionäre ausschließt, nur weil sie Kommunisten oder Linksozialisten sind. Jetzt, seit der ultralinken Wendung von 1928, ändert sich die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weise, daß eine besondere Organisation für die wegen kommunistischer Betätigung aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen Arbeiter geschaffen wird: die »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition«. Die Ausgeschlossenen sollen zusammen mit den anderen noch nicht ausgeschlossenen kommunistischen Arbeitern innerhalb der Gewerkschaften auftreten. Auf diesem Wege wird natürlich ein Vorwand für neue Ausschlüsse aus der Gewerkschaft geschaffen. Denn man kann keine »legale« innergewerkschaftliche Fraktion bilden, welcher der Form nach auch Kollegen angehören, die ausgeschlossen worden sind. Insofern war die erste Phase der Wendung zur RGO-Politik politisch falsch, so sehr sie moralisch gerechtfertigt war. Denn sie bot dem Gegner – also der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführung – Zugriffschancen, die dann auch weidlich genutzt wurden.

Die zweite Phase der RGO-Politik setzt sich praktisch durch, als 1929 in der Metallarbeitereinschließung die Gewerkschaftsführung auf Druck der Reichsregierung Hermann Müller hin kapituliert hat. Bis dahin war die KPD der Auffassung, Lohnstreiks seien Streiks der Gewerkschaften und müßten grundsätzlich mit und in der Gewerkschaft unter Beachtung ihrer Satzungen und ihrer Disziplin geführt werden. Natürlich ist dies nur die generelle Linie, die nicht ausschließt, daß Arbeiter in bestimmten Situationen spontan streiken wollen und sich damit durchsetzen. Die Führung gewerkschaftlicher Kämpfe *ohne* und *gegen* die Gewerkschaften wird nun aber zur generellen Forderung der RGO. Damit liefert sie ein weiteres Argument für Ausschlüsse von Kommunisten aus den Gewerkschaften. Während der aufkommenden Krise wird diese Begründung immer häufiger als Anlaß zu Ausschlüssen herangezogen. Während der ersten Phase der Krise gab es in den Betrieben verschiedentlich spontan und unkoordiniert Bestrebungen, sich gegen Lohnminderungen zu verteidigen. Es gab eine große Anzahl betrieblicher Kämpfe

und Streiks gegen die Lohnkürzungen, Kämpfe, die von der RGO initiiert worden waren. Weil sie aber als selbständige Aktionen ohne die Gewerkschaften durchgeführt wurden, endeten sie damit, daß die meisten Betriebe von kommunistischen Arbeitern »gesäubert« wurden. Diese kommunistischen Arbeiter wurden außerdem aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Praktisch wurde die RGO zu einer kommunistischen Gewerkschaft von Arbeitslosen bzw. von solchen, die morgen arbeitslos sein würden.¹⁵⁵ Damit widerlegte sich die RGO-Politik selbst.¹⁵⁶ Allerdings muß man hier eines klarstellen: Diese Entwicklung wurde von der kommunistischen Führung nicht begriffen und auch nicht vorausgesehen; dahinter stand nicht etwa der böse Wille, die Gewerkschaften zu spalten, wie das post festum von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Geschichtsschreibung dargestellt wird, wenn sie behauptet, die RGO habe zusammen mit der NSBO die Gewerkschaftsbewegung und die Demokratie in Deutschland zerrüttern wollen. Alle diese Totalitarismustheorien, die zum Beispiel auch Karl Dietrich Bracher andeutet¹⁵⁷, sind schlicht falsch. Dies gilt auch für die Memoirenliteratur von Sozialdemokraten wie z. B. Friedrich Stampfer.¹⁵⁸

Das ändert allerdings nichts daran, daß die RGO-Politik ein schwerwiegender strategischer Fehler war, der zum organisierten Selbstmord des kommunistischen Flügels der Arbeiterbewegung führte. Denn in der gleichen Zeit, als die Kommunisten bei den politischen Wahlen ständig Stimmen gewannen, bis sie im November 1932 fast so stark waren wie die Sozialdemokraten, wurden sie innerbetrieblich völlig machtlos. Man muß aus den damaligen Situationen auch für heute lernen und

¹⁵⁵ Ende 1931 waren 78 % der Parteimitglieder arbeitslos, im April 1932 waren es bereits 85 %; vgl. Hermann Weber, a.a.O., Band 1, S. 243.

¹⁵⁶ Vgl. die eingehende Darstellung und Kritik des RGO-Kurses der KPD bei August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher und Eduard Weckert, a.a.O., S. 133–139; zur heutigen Auseinandersetzung mit diesem Problem vgl. Autorenkollektiv, *Sozialistische Gewerkschaftsarbeit und »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition« – Probleme und Perspektiven sozialistischer Gewerkschaftsarbeit und ihre organisatorische Scheitlung in der RGO*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Hef 8/9, 1973, S. 145–160.

¹⁵⁷ Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, a.a.O.

¹⁵⁸ Friedrich Stampfer, *Die vierzig Jahre der ersten deutschen Republik*, 3. Aufl., Köln 1947.

sich zum Beispiel sehr genau überlegen, ob man spontane Streiks durchführt oder auch ob man innerbetriebliche Konkurrenzlisten bei Betriebsratswahlen aufstellt, vor allem, weil die Gefahr besteht, daß daraus von rechten Gewerkschaftsführern organisatorische Konsequenzen gezogen werden. Es gibt Situationen, in denen man nicht anders kann, in denen Spontanaktionen zum Beispiel der einzige Ausweg sind, um den Kampfwillen überhaupt aufrechtzuerhalten. Die RGO-Politik hat jedoch ganz sicher zur Liquidierung des kommunistischen Einflusses in der Gewerkschaftsbewegung geführt. Wäre die Lage in den Gewerkschaften anders gewesen, so hätte der ADGB-Vorstand seine Überläuferpolitik im April 1933 gar nicht betreiben können. Das Verhalten des Vorstands des ADGB im März und April 1933 war nun wirklich aktive Unterstützung des Faschismus,¹⁵⁹ ebenso wie die Zustimmung der Reichstagsfraktion der SPD zur »Friedensresolution« Hitlers vom 17. Mai 1933. Was die Führungen des ADGB und der SPD hier praktizierten, war Selbstmord, und es hat ihnen nicht das geringste genutzt: Auch sie kamen ins Konzentrationslager. Wilhelm Leuschner, damals Gewerkschaftsführer, hat aus seinem Fehlverhalten gelernt – im Gegensatz zu vielen anderen, welche die damaligen Ereignisse in ihren Memoiren oder in anderen Publikationen noch glorifizieren, wie zum Beispiel Carl Severing.¹⁶⁰

War die RGO-Politik der alleinige Grund dafür, daß sich die KPD zur Partei der Arbeitslosen entwickelte, oder gab es noch andere Faktoren, die zur Veränderung der Mitgliederstruktur beitrugen?

Immer wieder finden sich vereinzelt gewerkschaftliche oder sozialdemokratische mittlere Funktionäre, die angesichts der Kapitulationspolitik der SPD in Empörung geraten und von heute auf morgen zur KPD übertraten. Außerdem gibt es Fluktuationen in der Mitgliedschaft selbst. Die KPD ist in

¹⁵⁹ Vgl. Hans-Gerd Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der »Deutschen Arbeitsfront«*, Hannover, Frankfurt/Main 1978, S. 56 ff.; vgl. die Ausführungen auf S. 139.

¹⁶⁰ Vgl. Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Band 2: *Im Auf und Ab der Republik*, Köln 1950.

dieser Zeit von Fluktuationen stärker betroffen als die Sozialdemokratische Partei, die immerhin ihren Rückhalt in den Betrieben behält.¹⁶¹ Wohlgemerkt, die Sozialdemokratische Partei ist damals ihrer Mitgliederstruktur nach Arbeiterpartei, Partei der industriellen Arbeiter – anders als heute, wo sie eine Partei ist, deren Mitglieder, vornehmlich aber ihre Funktionäre, im öffentlichen Dienstleistungsbereich beschäftigt sind. Nachdem die Kommunisten sich durch die RGO-Politik selbst eliminiert haben, erlangt die SPD in den Betrieben sogar eine Monopolstellung. An den Stempelstellen für die Arbeitslosenunterstützung dagegen laufen Mitglieder der SPD vielfach zu den Kommunisten über.

Veränderte sich die Lage in der Arbeiterbewegung bis zur Machtübernahme Hitlers wesentlich?

Gegen Ende des Jahres 1932 festigt sich die Papen-Diktatur immer mehr durch Beherrschung des Staatsapparates. Es entstehen Konflikte zwischen dem Kabinett Papen und der Nationalsozialistischen Partei. Die Lage in der Arbeiterklasse ändert sich während dieser Zeit kaum, sie bleibt im Grunde so, wie ich sie geschildert habe. Bei den Reichstagswahlen vom November 1932 geht die Zahl der für die NSDAP abgegebenen Stimmen deutlich zurück. Die Kommunisten dagegen haben erhebliche Stimmengewinne zu verzeichnen, die Sozialdemokratie wiederum verliert Wähler.¹⁶² Die Arbeiterbewegung wird zwar nicht machtvoller, aber ihr prozentualer Anteil an den abgegebenen Stimmen wächst. Es ist eine Situation, die der von 1922/23 ähnlich ist. Die Konsequenz, die das Monopolkapital daraus zieht, lautet: An die Macht mit Hitler, sonst verliert die faschistische Bewegung an Boden, nimmt die Arbeiterbewegung an Einfluß zu. Dieser Trend setzt sich in

¹⁶¹ Vgl. Hartmann Wunderer, *Materialien zur Soziologie der Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPD zur Zeit der Weimarer Republik*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxistischen Theorie* 5, hrsg. von H.-G. Backhaus u. a., Frankfurt/Main 1975, S. 357–377.

¹⁶² In den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 gingen die Stimmen der Nationalsozialisten um 2 Mio. zurück; ihr Stimmenanteil sank von 37,5 % auf 33,1 %. Die KPD gewann fast 700 000 Stimmen, und der Anteil der für sie abgegebenen Stimmen erhöhte sich um 2,6 % auf 16,9 %. Die SPD dagegen verlor mehr als 700 000 Wähler und bekam noch 20,4 % der Stimmen; vgl. Alfred Milatz, a.a.O., S. 145 ff.

der Zeit vom November 1932 bis Januar 1933 schließlich durch.

Aus Anlaß der Machübernahme Hitlers hat die KPD nochmals ein Einheitsfront-Angebot an die SPD gemacht?

Ja; auch hier zeigt sich wieder, daß die KPD vorübergehend zu lernen beginnt. Immer dann, wenn ihre Angebote abgelehnt werden, fällt die Partei sogleich auf ihre ultralinke Position zurück. Sie pendelt zwischen Einheitsfront-Angeboten und Sozialfaschismus-Propaganda. Vor den Wahlen im November kommt es in Berlin zu einer entscheidenden Auseinandersetzung, nämlich dem Lohnkonflikt in den Berliner Verkehrsberrieben. Die KPD zeigt auch in diesem Fall, daß sie lernt, denn sie trägt den Kampf gegen die Bestrebungen der Berliner Stadtverwaltung, die Löhne herabzusetzen, innerhalb der dafür zuständigen Gewerkschaft aus. Ihre Forderung lautet also: Lohnstabilisierung. Es kommt zur Urabstimmung, über deren Ergebnis es sehr widersprüchliche Aussagen gibt – man wird das nie nachprüfen können. Nach dem damaligen Gewerkschaftsrecht konnte ein Streik nur durchgeführt werden, wenn 80 % der Gewerkschaftler dafür stimmten. In der *Roten Fabne* und in der Berliner Tageszeitung des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK)¹⁶³, *Der Funke*, hieß es, daß sich weit mehr als 80 % für den Streik ausgesprochen hätten; die Gewerkschaftsbürokratie behauptete das Gegenteil. Deshalb forderten nicht nur die KPD und die RGO, sondern auch Willi Eichler, der Chefredakteur des *Funkens*, zum Streik auf. Die Nazis waren bisher mit ihrer NSBO¹⁶⁴ immer als Streikbrecher-Organisation aufgetreten, bei jedem Streik, egal, ob er von der RGO organisiert oder ob er ein gewerkschaftlicher Lohnstreik war. Jetzt bekamen sie Angst,

¹⁶³ Der ISK, 1925 gegründet, war eine kleine nichtmarxistische Gruppe, die sich aktiv gegen die Anpassungspolitik der SPD-Führung wandte und gelegentlich eine Einheitsfront mit den Kommunisten anstrebte. Nach 1930 kämpfte sie energisch gegen das autoritäre Regime und später gegen das Dritte Reich; vgl. Wolfgang Abendroth, *Aufstieg und Krise...*, a.a.O., S. 62; Werner Link, *Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK)*, Diss., Meisenheim 1961.

¹⁶⁴ Die Gründung der »Nationalsozialistische[n] Betriebszellenorganisation« (NSBO) wurde im Jahre 1929 auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP beschlossen; vgl. Hans-Gerd Schumann, a.a.O., S. 35 ff.

daß sie bei den bevorstehenden Wahlen schlecht abschnitten könnten. Sie forderten daher ebenfalls zum Streik auf, zum ersten Male, hängten sich lediglich an den Streikbeschluß der großen Mehrheit der Arbeiter an. Übrigens war die Majorität der streikwilligen Arbeiter in den Berliner Verkehrsbetrieben bis zu diesem Konflikt sozialdemokratisch organisiert oder orientiert. Auch der Betriebsrat war hier sozialdemokratisch geführt. Es kam zum Streik, der von den Massen stark unterstützt wurde, ebenso von den drei kommunistischen Tageszeitschriften in Berlin, *Rote Fabne*, *Berlin am Morgen*, *Berlin am Abend*, und dem *Funken* des ISK. Trotzdem endete er mit einer Niederlage, und trotz des Manövers der NSBO kam es in den Novemberwahlen zu einem Stimmenrückschlag der Nationalsozialisten. Die Gesamtentwicklung war vom Standpunkt des Kapitals und vom Standpunkt der Nationalsozialisten aus bedrohlich geworden.

Ich war damals Gerichtsreferendar am Oberlandesgericht Frankfurt in der letzten Station vor dem 2. Staatsexamen. Ich kannte sehr viele Referendare, die Mitglieder der NSDAP waren und nach den Wahlen im November 1932 aus der Partei austraten. Sie hatten darauf gesetzt, daß die Nationalsozialisten an die Macht kommen würden. Und da es nur ein sehr kleines Angebot an Juristenstellen gab, hatten sie gedacht, daß sie rasch aufsteigen könnten, wenn sie in der NSDAP seien. Nun verließen sie die Partei auf dem schnellsten Wege. Ein für kleinbürgerliche Massen typisches Verhalten: sie schwanken wie ein Rohr im Winde. Kaum war der 30. Januar 1933 da, waren natürlich alle wieder in der NSDAP. Und noch viele andere kamen dazu. Die Stimmenrückgänge in der Zwischenphase waren ein Zersetzungselement, denn eine faschistische Partei lebt vom dauerhaften Aufstieg; sie hat ja sonst nichts zu bieten.

An den Kommunalwahlen in Thüringen Anfang Dezember 1932 läßt sich dasselbe beobachten. Hier verloren die Nationalsozialisten sogar im Vergleich zu den Novemberwahlen erheblich an Stimmen. Vom Monopolkapital her gesehen war es somit nur folgerichtig, eine Petition an Hindenburg zu richten und zu verlangen, er möge Hitler zum Kanzler machen. Die Petition wurde von Schacht, Thyssen usw. unterstützt; nur wenige hielten sich fern und schlossen sich erst

später an.¹⁶⁵

Dieser Druck der Monopolherren war notwendig, denn wer konnte garantieren, daß die kommunistische Führung eines Tages nicht doch lernen würde, die Einheitsfront-Politik systematisch und konsequent zu handhaben? Hier kann man noch einmal an einem konkreten Beispiel die Grenzen der Faschismus-Analyse Thalheimers zeigen: Die NSDAP ist nicht aus *eigener* Kraft – wenigstens toleriert von der herrschenden Klasse – zur Macht gelangt, sondern sie kommt *mit Hilfe* der herrschenden Klasse, die Druck auf die Spitze des Staatsapparates ausübt, an die Macht. Und zwar zu einem Zeitpunkt, da ihr Einfluß zurückgeht.

Welche Folgen hatten die Erfolge der KPD bei den Wahlen im November 1932 für die Politik der Partei?

Innerhalb der Kommunistischen Partei wuchs in dieser Zeit der Druck zur Einheitsfront. Trotz der Auseinandersetzung mit der SPD und der rechten Gewerkschaftsführung aus Anlaß des Verkehrsarbeiterstreiks verschärfte sich auch in Berlin dieser Druck. Im Januar 1933 gibt es in Berlin eine Riesendemonstration zur Verteidigung des Karl-Liebknecht-Hauses, des Parteihauses der KPD, als SA und SS vor diesem Haus aufmarschieren. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter wollen an der Verteidigung des Liebknecht-Hauses teilnehmen. Der *Vorwärts* wagt es nicht mehr, entschieden dagegen aufzutreten. Die Führung der SPD schwankt, ob sie zu dieser gemeinsamen Aktion ihre Zustimmung geben soll; die Mehrheit ist allerdings dagegen. Die Regierung Schleicher¹⁶⁶ hatte eine Gegendemonstration gegen die SA und SS unter freiem Himmel verboten. Die KPD unterwirft sich diesem Verbot und beschränkt sich darauf, das Karl-Liebknecht-Haus mit Tausenden ihrer Anhänger zu besetzen. So kommt es zu keiner gemeinsamen Aktion.

Dann kommt der 30. Januar 1933, an dem Hitler die Macht an sich reißt, und alles ist aus. Es ergeht wieder ein Einheitsfront-Angebot der KPD, und die SPD lehnt abermals ab. Die

¹⁶⁵ Vgl. George F. W. Hallgarten, *Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933*, Frankfurt/Main 1962, S. 108 f.

¹⁶⁶ Kurt von Schleicher löste am 3. Dezember 1932 von Papen als Reichskanzler ab. Zum Kabinett Schleicher vgl. Karl Dietrich Bracher, a.a.O., S. 677 ff.

KPD verfolgt diese Politik – allerdings schwankend – bis zur Neuverordnung weiter, die nach dem Reichstagsbrand vom 17. Februar 1933 erlassen wird¹⁶⁷ und die Verhaftung Tausender von Kommunisten zur Folge hat. Und dann gibt es wieder einen totalen Rückschlag nach ultralink, als die Gewerkschaftsführung ab März 1933 in Etappen vor den Nationalsozialisten kapituliert und schließlich zu ihnen überläuft: Der 1. Mai 1933 ist nur der Schlüsselpunkt hinter der ganzen Entwicklung, die bereits im März 1933 begonnen hat. Die Gewerkschaften erklären zunächst, sie wollten mit den Sozialdemokraten nichts mehr zu tun haben, sie hielten sich nicht mehr für eine klassenkämpferische Organisation, sondern wollten mit der NSBO verhandeln und die Regierung Hitler unterstützen. Am 14. April ruft die Führung des ADGB die Arbeiter auf, am 1. Mai, dem »Tag der nationalen Arbeit«, nicht klassenkämpferisch und nicht im Namen der internationalen Arbeiterbewegung zu demonstrieren, sondern die Rede Adolf Hitlers anzuhören und die »nationale Erhebung« zu unterstützen.¹⁶⁸ Auch die Führung der Sozialdemokraten leistet nur halbherzig Widerstand. Als nämlich der Reichstag zusammentritt, um über das Ernächtigungsgesetz¹⁶⁹ zu beraten, das immerhin von der SPD abgelehnt wurde, wagt der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Wels nicht, daran zu erinnern, daß 81 gewählte Abgeordnete der Kommunistischen Partei das Parlament nicht betreten dürfen und – soweit sie nicht der Polizei und der SA entkommen konnten – in »Schutzhaft« sind. Er erwähnt diesen Tatbestand mit keinem Wort. Er erwähnt nur ganz am Rande, daß es besser wäre, wenn die – etwa 12 – sozialdemokratischen Abgeordneten, die inzwischen verhaftet und ins KZ gebracht waren, im Reichstag anwesend wären. Daß fast alle kommunistischen Abgeordneten ebenfalls im KZ saßen, interessierte ihn nicht. Dem war vorausgegangen, daß der Versuch der Berliner Sozialistischen Arbeiterjugend, illegale Organisationen vorzubereiten, von ihrem damaligen Reichsleiter Erich Ollenhauer verboten wor-

¹⁶⁷ *Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 2. 1933* (RGBl. I, S. 83).

¹⁶⁸ Vgl. Hans-Gerd Schumann, a.a.O., S. 58 f.

¹⁶⁹ *Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. 3. 1933* (RGBl. I, S. 141).

den war. Es wurde sogar mit dem Ausschuß aus der SPD gedroht für den Fall, daß solche Versuche weiter vorangetrieben würden. Der Parteivorstand der SPD forderte schließlich von der SAJ, ihre Organisationsfähigkeit so lange einzustellen, wie dies der Polizeipräsident von Berlin verlange. Außerdem beschloß der Parteivorstand der SPD, aus der Sozialistischen Internationale auszutreten, weil diese die Unwahrheit sage, wenn sie behaupte, es gäbe in Deutschland so etwas wie Konzentrationslager.¹⁷⁰

Die Rückwirkung dieser Politik der Parteiführung der SPD auf kommunistische Arbeiter und Funktionäre kann man sich leicht vorstellen. Alle Einheitsfront-Bestrebungen verschwinden, es kommt zu einem totalen Rückschlag, der in der ersten Phase der Illegalität so weit geht, daß rechtssozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre illegal zur KPD übertreten – so z. B. ein führender Metallarbeiter-Funktionär in Frankfurt am Main –, weil sie zu der Ansicht gekommen sind, daß die Sozialfaschismus-Theorie richtig sei. Als dann am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftsführung abgesetzt wird, hätte man trotz allem selbst für sie kämpfen müssen.¹⁷¹ Aber konnte man das von einem sozialdemokratischen Arbeiter erwarten, dem die Gewerkschaftsführer tags zuvor noch erzählt haben, er müsse für Hitler demonstrieren und nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Sozialdemokraten preisgeben?

¹⁷⁰ Vgl. für diese Periode der sozialdemokratischen Politik: Erich Matthias und Rudolf Morsey, *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 151 ff.

¹⁷¹ Am 2. Mai 1933 stürmten SA und SS die Häuser der Freien Gewerkschaften und die Redaktionsbüros der freigewerkschaftlichen Presse. Führende Gewerkschaftsfunktionäre und Redakteure der Gewerkschaftspresse wurden in Schutzhaft genommen; vgl. Hans-Gerd Schumann, a.a.O., S. 70 ff.

III. Faschismus

Welche Folgen hatte die faschistische Machtergreifung für Deine weitere juristische Tätigkeit?

Den Sieg der faschistischen Diktatur habe ich wie viele meiner politischen Freunde am 20. Juli 1932 nur für eine Frage der Zeit gehalten. Individuell hatte ich die Hoffnung, vorher noch das Assessorexamen machen zu können. Aber kurz vorher triumphierte der Faschismus. Ich war damals in einer merkwürdigen Situation. Hans Mayer¹ war damals fast genauso weit wie ich. Er war in Köln, ich am Oberlandesgericht in Frankfurt. Das Assessorexamen mußte in Berlin im preussischen Justizministerium abgelegt werden. Hans Mayer »ruschte« als Jude gerade noch durch. Ich habe ihn beneidet. Solche widersprüchlichen Situationen gab es. Ich war nur politisch, nicht aber »rassisch suspect« und wurde sofort, noch vor der Verabschiedung des Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April 1933², vom Dienst suspendiert. Zunächst wurde mir vom Oberlandesgerichtspräsidenten, der das Hausrecht hatte, das Betreten des Oberlandesgerichts verboten. Ich habe mich nur begrenzt daran gehalten, nämlich nur als Referendar am Oberlandesgericht, nicht aber als amtlich bestellter Vertreter einer Rechtsanwältin, der ich gleichzeitig war, denn darauf bezog sich das Verbot nicht. Ich trat also weiter in Verfahren auf. Diese meine nebenberufliche Tätigkeit endete am 1. April, als die SA das Gericht besetzte und mich festnahm. Ich wurde zusammen mit Hugo Sinzheimer, der zufällig ebenfalls an diesem 1. April im Gericht war, in Haft genommen. Nach der Verkündung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbe-

¹ Hans Mayer (geb. 1907), Studium der Rechtswissenschaft und Literaturgeschichte, 1931 Gründungsmitglied der SAP, Mitte 1933 Emigration in die Schweiz. Mayer wird 1949 Professor für Kultursozio-logie und Literaturgeschichte in Leipzig, geht 1963 in die BRD, 1965 wird er Professor in Hannover und ist inzwischen emeritiert; vgl. Olaf Ihlau, *Die roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Diss., Meisenheim 1971, S. 173.

² Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933 (RGBl. I, S. 173).